

Kurzfassung

Ukraine – der Krieg, den Deutschland verursacht und stoppen kann

Als Ursache des Ukrainekriegs sieht in Deutschland eine Mehrheit die heutige russische Führung mit deren vermeintlichen Eroberungsabsichten. Eine Minderheit sieht die Kriegsursache in der NATO-Osterweiterung durch die USA. Unstrittig dürfte sein, dass Vorgänge seit Ende des Kalten Krieges 1989 entscheidend waren.

Verfolgt man die Abläufe seit damals genauer, führt dies auf eine überraschende Spur, nämlich, dass eine Kette von Fehlverhalten westdeutscher und dann gesamtdeutscher Regierungen geradlinig in den Ukrainekrieg führt. Dazu wurden zehn Fälle von Fehlverhalten identifiziert, die Kettenglieder in dieser Entwicklung sind, bis hinein in den Ablauf des Ukrainekriegs:

1. Im Januar/Februar 1990 erhielt der sowjetische Staatschef Gorbatschow westliche, darunter auch westdeutsche ehrenwörtliche Zusicherungen „keine NATO-Osterweiterung“. Ab 1991 bestritt der Westen, auch die deutsche Regierung, die Gültigkeit solcher Ehrenworte.
2. Im Februar 1990 traf der westdeutsche Bundeskanzler Kohl mit US-Präsident Bush senior geheime Absprachen zu Lasten Gorbatschows. Seit 2009 sind sie im Internet nachzulesen.
3. Im September 1990 beim Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags besaß die westdeutsche Delegation einen heimlichen Informationsvorsprung, zu Lasten Gorbatschows und der DDR.
4. 1997 im NATO-Rat die deutsche Zustimmung zum Beginn der NATO-Osterweiterung, damit der Bruch des deutschen Ehrenworts an Gorbatschow 1990.
5. Ab 2015 vorsätzlicher Bruch des Minsk-II-Abkommens zum Waffenstillstand in der Ostukraine, wie die damalige Bundeskanzlerin Merkel 2023 offenlegte.
6. Die Duldung, dass die USA vorbereiten, neue Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren. Die Bedieneinheiten dafür sind schon seit 2021 in Deutschland stationiert.
7. Die Duldung des Armeebefehls des ukrainischen Präsidenten Selenskyj vom März 2021, die Krim zurück zu erobern, de facto die Kriegserklärung der Ukraine an Russland.

Am 24. Februar 2022 dann der russische Angriff auf die Ukraine, und daraufhin:

8. Den Zwei-plus-Vier-Vertrag gebrochen durch Waffenlieferungen in die Ukraine und die Duldung solcher Waffentransporte Dritter durch Deutschland.
9. Nach dem Nord-Stream-Anschlag die Weigerung, Russland an den deutschen Kriminalermittlungen zu beteiligen.
10. Schwere Waffen an die Ukraine geliefert und ukrainische Soldaten in Deutschland daran ausgebildet. Damit machte sich Deutschland zur Kriegspartei gegen Russland, und zwar in der Rolle eines Angreifers, denn Russland hatte Deutschland nicht angegriffen, und es bestehen keine Bündnisverpflichtungen gegenüber der Ukraine, weder über die NATO noch über die EU.

Zu jedem dieser Kettenglieder zum aktuellen Stand des Ukrainekriegs (März 2023) springen mögliche Forderungen ins Auge, die Russland begründet *heute* an Deutschland stellen könnte.

Bei der Frage nach den Perspektiven trotz irreversibler früherer Fehler wird deutlich, dass Deutschland *heute noch* aus eigener Entscheidung und Souveränität den Ukrainekrieg kurzfristig beenden kann, im Zuge einer Kursumkehr, indem es sich aus seiner Rolle als Drehscheibe für die westlichen Waffenlieferungen in die Ukraine ausklinkt.

Eine solche Kursumkehr ist auch für eine friedliche Zukunft Deutschlands nötig, denn bei Fortgang des Abnutzungskriegs in der Ukraine könnte Russland versucht sein, die bekannte Schwachstelle der US-Truppenpräsenz in Europa militärisch auszunutzen, nämlich dass deren Kommando- und Nachrichtenstruktur in Westdeutschland konzentriert ist. Nach einem Angriff auf diese Zentren wären die US-Truppen in Europa führungslos, also nicht mehr handlungsfähig, damit zugleich auch die verbündeten NATO-Truppen, denn sie sind lediglich eine europäische Fremdenlegion der USA. Die vielbeschworene militärische NATO-Beistandsgarantie existiert nicht.

Wie auch immer der Ukrainekrieg ausgeht: Für Russland und auch China dürfte er zu einem Probekrieg gegen die USA geworden sein, durch neuartige Kampferfahrungen und erbeutete westliche Militärtechnik.

Im Ukrainekrieg bilden Atomwaffen eine propagandistische Drohkulisse. Militärisch sind sie aber durch konventionelle Präzisions-Fernwaffen verdrängt. Sowohl Russland als auch China dürften hier den künftigen Rüstungsschwerpunkt sehen, und sie dürften erkannte Defizite in den kommenden Jahren beheben. Im Echo auf die US-Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa dürfte die russische Agenda eines Präventivangriffs auf US-Ziele in Westdeutschland akuter werden, dann mit unvermeidlichen zivilen Begleitschäden.

Eine solche Katastrophe kann Deutschland aus eigener Kraft vermeiden, durch ein nachbarliches Tauschgeschäft mit Russland: Deutschland ohne ausländische Truppen, wie die neutralen Nachbarn Österreich und Schweiz und wie die NATO-Nachbarn Frankreich, Dänemark und Tschechien, also keine für Russland bedrohlichen Militärziele mehr in Deutschland – im Gegenzug dafür, dass Russland Deutschland aus seinen Ziellisten streicht und beide Länder zu normalem nachbarschaftlichen Umgang und Handel zurückkehren, auch wenn es Anderen nicht gefällt.

Unabhängig davon muss zum Thema fehlender Zivilschutz der deutschen Bevölkerung etwas geschehen. Schutzräume für die Bevölkerung gibt es nicht. Deshalb die Anregung von drei Maßnahmen:

1. die Siedlungsgebiete in Deutschland international als entmilitarisierte Rotkreuz-Schutzzonen erklärt,
2. mit den NATO-Verbündeten Nicht-Angriffsverträge geschlossen – „*Freunde bombardieren einander nicht*“ und
3. der deutsche Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag von 2021, nach dem Vorbild des Nachbarn Österreich und 68 anderer Staaten.

* * *